

Obama stiehlt Chávez die Show

Die Konfrontation zwischen Lateinamerika und den USA ist vorerst beendet – Doch für eine echte Annäherung müsste Obama einen hohen innenpolitischen Preis zahlen

VON MATTHIAS KNECHT

Gerade einmal 72 Stunden hat die erste Lateinamerikareise von US-Präsident Barack Obama gedauert, und die Welt staunt: Beendet sind 50 Jahre Eiszeit mit Kuba, Vergangenheit sind die rhetorischen Schärmützel mit Venezuela und vergessen scheint die fast zweihundertjährige Geschichte der US-Interventionen im Süden. Statt eines besserwisserischen und arroganten Gringo sah Lateinamerika erstmals einen US-Präsidenten, der zuhört, der Verantwortung einräumt, und der Unterstützung verspricht.

Zwischen seinem Eintreffen zum Staatsbesuch in Mexiko Stadt am Donnerstagmittag und seinem Rückflug vom Amerikagipfel in Trinidad am Sonntagmittag wiederholte Obama unermüdet die Worte, die auf die knapp 600 Millionen Einwohner des Subkontinents wie Balsam wirken mussten. „Auf gleicher Augenhöhe“ wollte er mit den südlichen Nachbarn sprechen, versicherte der US-Präsident und versprach „eine neue Ära der Kooperation“. Gegenüber den anderen Staatschefs am Amerikagipfel zeigte sich der US-Präsident bescheiden: „Ich muss noch viel lernen und freue mich darauf, zuzuhören“, sagte Obama seinen verblüfften Amtskollegen, nachdem er in einer der Sachdebatten von der ihm zugestanden Redezeit keinen Gebrauch machte.

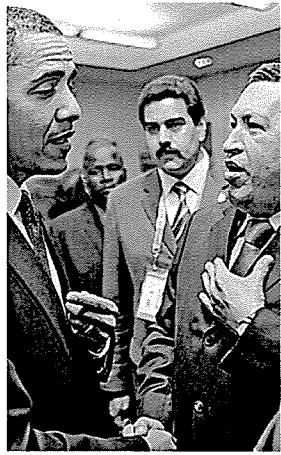
Nie gesehene Atmosphäre gegenseitigen Wohlwollens

So ging der fünfte Amerikagipfel seit dem Jahr 1994 (am Sonntag) in einer nie gesehene Atmosphäre des gegenseitigen Wohlwollens zu Ende. Die Mehrheit der 34 Staats- und Regierungschefs zeigte sich zufrieden über das verbesserte Verhältnis zwischen den USA und Lateinamerika. „Wir haben miteinander reden können, und das kündigt bessere Tage für den Kontinent an“, sagte Mexikos Präsident Felipe Calderón zum Abschluss. Ähnlich fiel das Urteil von Argentinien Präsidentin Cristina Kirchner aus. Sie lobte das „höchst posit-

ve“ Gesprächsklima mit den USA und sprach von der „Wiederherstellung des Vertrauens“ nach Jahrzehnten „traumatischer Beziehungen“.

Mit Gesten nahm Obama dabei seinen potenziellen Widersachern den Wind aus den Segeln, allen voran Hugo Chávez. Populär machten Venezuelas Linkspräsident einst seine volkstümlich formulierten Aus-

minder leidlichem Englisch zur Antwort. Wo Chávez früher erfolgreich provozieren konnte, erntet er jetzt wohlwollende Neugier. Bei einem weiteren Zusammentreffen am Rande des Gipfels überreichte er Obama vor laufendem Kameragen ein Buch zum Geschenk, das als Standardwerk schlechthin zur Ausbeutung des Südens gilt, nämlich „Die offenen Adern Lateinamerikas“ des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano. Die USA, so scheint es, reagierten in einem Akt der kollektiven Lernbereitschaft. 24 Stunden später war die englischsprachige Version des Werkes beim führenden US-Internet Händler Amazon ausverkauft und der Titel von Platz 54.295 auf Platz zwei der Bestsellerliste aufgestiegen.



Ganz angetan: Chavez vor Obama. Foto: dpa

fälle gegen Obamas Amtsvorgänger George W. Bush, den er unter anderem mit dem Teufel verglich. Doch Obama stahl Chávez diesmal die Show. Zum Auftakt des Amerikagipfels am Freitag ging der US-Präsident beherzt auf Chávez zu und begrüßte ihn in seinem leidlichen Spanisch: „Wie geht's?“.

Chávez kapituliert vor der Charme-Offensive. „Ich möchte Ihr Freund sein“, stammelte er schuldbenhaft und in nicht

Den größten Schritt nach vorne machte Obama indes mit Kuba. Seinen erklärten Wunsch, die Beziehungen mit der kommunistisch regierten Karibikinsel „neu zu formulieren“ hatte er bereits vor einer Woche (Mo 13.4.) mit einer Lockerung des seit 1962 bestehenden Wirtschaftsembargos gegen Kuba unterstrichen. Sekundiert wurde Obama dabei von US-Außenministerin Hillary Clinton, die die bisherige US-Konfrontationspolitik gegenüber Kuba (am Freitag) für „gescheitert“ erklärte. Kubas Präsident Raúl Castro quittierte so viel Offenheit (am Freitag) mit dem Angebot, über alles mit der US-Regierung zu reden. Zur Voraussetzung für eine weitere Annäherung machte Obama allerdings Fortschritte Kubas bei den Menschenrechten. Mehrmals leigten Obama und seine Außenministerin Clinton in den letzten Tagen Kuba nahe, politische Häftlinge zu entlassen, als Zeichen des guten Willens.

Castro hingegen wiederholte von Havanna aus bisher nur die bereits früher unterbreitete Offerte, fünf derzeit in US-Gefängnissen einsitzende kubanische Spione gegen in Kubas Gefängnissen einsitzende Dissidenten auszutauschen. Das US-kubanische Verhältnis wird in Lateinamerika mit Argusaugen betrachtet und gilt als Lackmustest für die von Obama versprochene gleichberechtigte Partnerschaft mit dem Süden.

Selbst Kolumbiens rechtsgerichteter Präsident Álvaro Uribe, einer der treuesten US-Verbündeten in Lateinamerika, forderte die „komplette Reintegration“ Kubas in Amerikas Staatengemeinschaft, der „Organisation Amerikanischer Staaten“ (OAS). Dort ist Kuba seit 1962 auf Bestreben der USA nicht mehr vertreten und war darum auch an keinem der bisherigen Amerikagipfel präsent. Ein weiterer Gipfel ohne Kuba sei „inakzeptabel“, mahnte Brasiliens Präsident Luiz Inacio Lula da Silva mit Blick auf Washington.

Wichtig ist die Annäherung der USA an Kuba darum auch für deren ungleich wichtigere Beziehung mit den beiden großen Wirtschaftsmächten Lateinamerikas, Brasilien und Mexiko. Vertrakt ist dabei das Verhältnis der USA mit Mexiko. Tief verletzt sehen sich viele Mexikaner nach acht Jahren demonstrativer Nichtbeachtung durch Obamas Amtsvorgänger Bush, und beleidigt zudem durch den von den USA 2006 begonnenen Bau eines gigantischen Zauns, der ein Drittel der 3200 km langen, gemeinsamen Grenze unüberwindbar macht.

Starker Einfluss reaktionärer Exilkubaner

Erschwerend kommt der nicht deklarierte Krieg der mexikanischen Drogenkartelle hinzu, deren Auseinandersetzungen seit Ende 2006 mehr als 10 000 Menschenleben gekostet haben. Mit sehr viel Wohlwollen registrierten die Mexikaner darum, dass Obama seine erste Lateinamerikareise (am Donnerstag) mit einem Besuch in Mexiko begann. Und noch mehr Wohlwollen lösten dabei Obamas überraschend selbstkritische Worte aus, als er erstmals die Mitverantwortung der USA an der Gewalt in Mexiko einräumte. 90 Prozent des in den USA konsumierten Kokains geht durch die Hände mexikanischer Kartelle. Und nahezu alle die schweren Waffen, die sie benötigen, stammen von den USA. 2000 Waffen werden täglich von dort nach Mexiko geschmuggelt, schätzen Experten in Mexiko-Stadt.

Obama versprach, Mexiko über die bereits von Bush initiierte Initiative Mérida hinaus zu unterstützen. Das rund 400 Millionen US-Dollar starke Hilfsprogramm, das dieses Jahr anläuft, sieht vor allem militärische Unterstützung Mexikos und Mittelamerikas im Kampf gegen den Drogenschmuggel vor. Eine zusätzliche Hilfe für Mexiko wären schärfere Waffengesetze in den USA. Obama versprach in Mexiko, sich dafür stark zu machen. Doch der innenpolitische Widerstand der waffenvernarnten US-Bürger ist bereits programmiert.

Vor einem ähnlichen Dilemma steht Obama in weiteren Fragen, die für Lateinamerika von großem Interesse sind, so etwa bei der Wirtschaftsmigration in die USA. Auswanderungsstarke Länder wie Mexiko und El Salvador fordern seit langem die Legalisierung ihrer papierlosen Landsleute in den USA. Obama versprach in Mexiko, sich dafür stark zu machen. Doch der innenpolitische Widerstand der waffenvernarnten US-Bürger ist bereits programmiert.

Innenpolitischer Widerstand ist schließlich auch bei der von Obama gewünschten Öffnung gegenüber Kuba programmiert. Für substanzielle Lockerungen oder gar eine Aufhebung des US-Embargos benötigt er die Zustimmung des Kongresses. Dort gewannen die kubapolitischen Pragmatiker zwar an Einfluss, doch die exilkubanischen Reaktionen aus Miami sind immer noch stark. Noch während des Amerikagipfels in Trinidad veröffentlichten sie einen Aufruf, keine Zugeständnisse an Kuba zu machen.

Unter die euphorischen Stimmen Lateinamerikas mischten sich in Trinidad darum auch skeptische Zwischenstimmen. Mit der eigenen Vorliebe für radikale Zuspitzungen formulierte es Daniel Ortega, Präsident Nicaraguas: „Obama ist der Präsident eines Imperiums, und dieses Imperium hat seine Regeln. Er kann sie nicht ändern, er muss mit ihnen zurechtkommen.“

Südafrika an einer Wegscheide

Morgen wählt das Land das vierte Parlament seit dem Ende der Apartheid – Wird das Erbe Nelson Mandelas verspilt?

VON CARL-H. PIERK

Noch knapp 400 Tage bis zur Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft 2010. Dann steht Südafrika im Rampenlicht der Fußballwelt und der Medien. Der Bau der WM-Stadien – die mittlerweile sichtbar fortgeschritten aus dem Boden wachsen – ist dabei die geringste Sorge von Joseph Blatter, dem Chef des Weltfußballverbands. Die Politik bereitet ihm vielmehr Kummer. Denn im WM-Gastland Südafrika stehen politisch zurzeit mehr Frage- als Ausrufezeichen am Horizont: Am 22. April wird in Südafrika gewählt. Die Wahl entscheidet über die künftige Zusammensetzung des Nationalen Parlaments und der Provinzparlamente. Aber auch über den nächsten Staatspräsidenten, der von den gewählten Abgeordneten bestimmt wird. Und darüber, ob das Erbe von Nelson Mandela gewahrt bleibt oder verspilt wird.

Mit einem Überraschungsauftritt des ersten schwarzen Präsidenten Nelson Mandela hatte Südafrikas Regierungspartei Afrikanischer Nationalkongress (ANC) am Sonntag ihren Wahlkampf beendet. Mandela fuhr zusammen mit Parteichef Jacob Zuma auf einem weißen Golf-Mobil ins Stadion, auf dem Weg zur Bühne brachte der 90-Jährige Hilfe – das Gehen fiel ihm sichtlich schwer. Der gebrechlich wirkende Mandela erschien im gelben T-Shirt mit einem Porträt von ANC-Chef Jacob Zuma auf der Brust. „Wir bekräftigen, dass Südafrika uns allen gehört, Schwarzen wie Weißen“, rief Zuma vor mehr als 100 000 Zuhörern im Johannesburgers „Ellis Park Stadium“. Am selben Tag schlossen auch die anderen Parteien mit landesweiten Großveranstaltungen ihren Wahlkampf ab. Sie riefen übereinstimmend dazu auf, die unumschränkte Alleinherrschaft des ANC im Sinne einer echten Mehrparteien-Demokratie zu brechen.

Es sind die vierten freien Wahlen seit dem Ende der Apartheid. Landesweit treten bei der Entscheidung um die 400 Sitze der Nationalversammlung in Pretoria insgesamt 28 Parteien an. Der Parteienlandschaft in Südafrika könnte bei der Wahl indes ein Um-

bruch bevorstehen. Erstmals seit dem Fall der Apartheid ist dem bisher mit Zweidrittelmehrheit regierenden Afrikanischen Nationalkongress mit dem von enttäuschten ANC-Abwechslern gegründeten „Congress of the People“ (COPE) ein Herausforderer aus den eigenen Reihen erwachsen. Am Sieg des ANC gibt es trotzdem kaum Zweifel, höchstens an dessen Höhe. Die Wahl von ANC-Chef Jacob Zuma zum Staatspräsidenten, den das Parlament bestimmt, gilt als sicher. Umfragen sehen den Volkskongress als dritte Kraft knapp hinter der Demokratischen Allianz (DA) unter der Kapstadter Bürgermeisterin Helen Zille. Die DA war 2004 mit zwölf Prozent der Stimmen stärkste Oppositionspartei. Für die Demokratie im Lande wäre es aber schon ein kleiner Erfolg, wenn Zuma die Zweidrittelmehrheit des ANC aus dem Jahr 2004 (69 Prozent) verpassen würde.

Auf den nächsten Präsidenten wartet ein schweres Erbe

Wie sich die neue Politik des Volkskongresses konkret von der bisherigen Führung des ANC unterscheiden soll, ist allerdings zum Teil unklar. Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wirtschaftswachstum, Bildungs- und Gesundheitswesen: Das alles sind Schlagworte, mit denen auch die Regierungspartei auf Stimmenfang gegangen ist. Fundamentaler Umfassend zur ANC-Regierung soll aber die Art und Weise sein, wie COPE Politik machen will. In den vergangenen Wochen hat sich die Partei immer wieder klar gegen das Patronagesystem des ANC gestellt. Auch Korruption und Bestechung sollen in ihrer Partei keine Chance haben.

Wer also ist dieser Mann, der in Zukunft Afrikas Wirtschaftsmotor führen wird? Chamäleon, Populist, Gesetzesbrecher, sagen die einen. Oder doch ein volkreicher Macher, der endlich den Wahlkampfslogan des ANC – „ein besseres Leben für alle“ – umsetzen wird? Klar ist, Zuma tritt ein schweres Erbe an: Gewaltkriminalität, Fremdenfeindlichkeit, Korruption, Politikverdruss – und bald auch die Auswirkungen

der Finanzkrise, die Südafrika mehr als alle anderen Länder auf dem Kontinent treffen wird. Zuma hat nach Medienberichten 14 Kinder und ist mit mehreren Frauen gleichzeitig verheiratet. Wie Nelson Mandela war der Anti-Apartheid-Kämpfer lange Jahre auf der Gefängnisinsel Robben Island inhaftiert, bevor er am 12. April 1942 in Nkandla geborene Zuma im Exil als Geheimdienstchef die Fäden der ANC-Untergrundarmee zog. Obwohl er nach dem frühen Tod des Vaters nur eine lückenhafte Schulausbildung bekam, bekleidete er diverse hohe Ämter und erhielt 2001 die Ehrendoktorwürde der Universität Zululand. Zuma stützt seinen Einfluss auf Gewerkschaften, die ANC-Gremien und die Kommunisten. 2007 hatte Zuma in einer Kampfabstimmung des Afrikanischen Nationalkongresses seinen Konkurrenten und bisherigen Parteivorsitzenden Thabo Mbeki aus dem Amt gedrängt. Mbeki musste von seinem Amt als Präsident zurücktreten, und der von Zuma vorgeschlagene Kgalema Motlanthe wurde Interimspräsident. Der frühere anglikanische Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu sprach Zuma jegliche moralische Fähigkeit ab, das Land zu führen.

Kurz vor den Wahlen hatte die Staatsanwaltschaft ein Korruptionsverfahren gegen Jacob Zuma eingestellt. Die Staatsanwaltschaft hatte den Vorsitzenden der Regierungspartei bislang wegen Bestechlichkeit, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Betrug verfolgt – und die Beweislage als „solid“ eingeschätzt. Jetzt jedoch sei Material aufgetaucht, das nicht Zuma, sondern Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft selbst belastete. Aus mitgeschnittenen Filmen gehe hervor, dass diese Mitarbeiter das Verfahren zeitlich so gelegt hätten, dass es Zuma möglichst schade. Deswegen sei das Verfahren unfair und ungerichtlich und somit einzustellen, forderte die Staatsanwaltschaft. Zuma war vorgeworfen worden, im Zusammenhang mit dem größten Rüstungsprojekt Südafrikas Schmiergeld eingesteckt zu haben. Dabei sollen im Jahr 1999 von Deutschland gelieferte Fregatten jetzt mit französischer Elektronik ausgerüstet wer-

den. Das offizielle Korruptionsverfahren gegen Zuma begann 2005 und ist das umfangreichste – und teuerste – in der Geschichte des Landes. Fünf Millionen Euro werden Südafrikas Steuerzahler dafür aufbringen müssen. Auch um Zumas Anwaltskosten zu begleichen. Die Korruptionswürfe – wenngleich formal ausgeräumt – werfen nach wie vor einen Schatten über die Präsidentschaft. Scheinbar sie doch auf Druck des ANC niedergeschlagen worden zu sein.

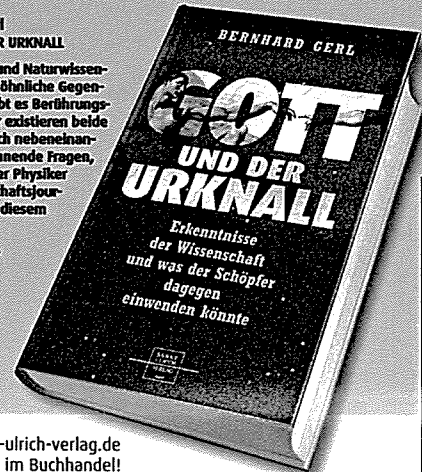
Zu Recht wird die Leistung des weitgehend friedlichen Übergangs von der Apartheid zu demokratischen Verhältnissen und der Garantie der Menschenrechte anerkannt. Die Verfassung war und ist ein großer Wurf. Es werden jedoch Kratzer sichtbar, die diesen Erfolg beschädigen. Südafrika befindet sich an einer Wegscheide. Die Regierungspartei ANC auch. Das ist neben dem Ziel, mehr Pluralismus in Südafrika zu wagen und herzustellen, die eigentliche Herausforderung dieser Wahl.

Glaube gegen Naturwissenschaft?

Bernhard Gerl GOTT UND DER URKNALL

Sind Glaube und Naturwissenschaft unveröhnliche Gegensätze oder gibt es Berührungspunkte? Oder existieren beide Welten einfach nebeneinander her? Spannende Fragen, denen sich der Physiker und Wissenschaftsjournalist Gerl in diesem Buch stellt.

Ocb., 184 Seiten, EUR 14,90



www.sankt-ulrich-verlag.de und überall im Buchhandel!

SANKTULRICH VERLAG